

KLEINKARLBACH: Gemeinde klagt gegen Umgehung

Die Gemeinde Kleinkarlbach wird gegen die Planfeststellung für eine westliche Umgehung Kirchheims klagen. Das hat der Gemeinderat am Dienstag einstimmig beschlossen. Der Rat folgte einem Antrag der FWG, den in der Sitzung Karl-Otto Gabel-Müller begründete.

Wie berichtet, führt der geplante Abschnitt der B 271 neu von Grünstadt bis Dackenheim über die Gemarkung von Kleinkarlbach, dessen Bürger unter anderem eine Belastung durch Lärm und Abgase befürchten. Einige der 675 Einwendungen gegen das Bauprojekt kamen daher auch aus Kleinkarlbach. Im Februar erfolgte dennoch der Planfeststellungsbeschluss durch das Land Rheinland-Pfalz.

Dessen Antwort auf die Einwendungen zeigt nach Ansicht von Ratsmitglied Gabel-Müller, dass die Planungsbehörde doch nicht neutral agiere. Dass gegen die 1994 getroffene raumplanerische Entscheidung keine Rechtsmittel eingelegt werden könnten, sei ein großer Nachteil des Verfahrens und auch ein Grund für seine Dauer. Als politischen Skandal bezeichnete es Gabel-Müller, dass „der damalige Staatssekretär Eymael mit dem damaligen Golfplatzchef und Parteifreund beschlossen hat, die Straße im Westen zu planen, damit im Osten der Golfplatz erweitert

werden kann“. Der Kirchheimer Ortsbürgermeister sei dann nach Mainz bestellt und mit den Worten „Westumgehung oder gar nichts“ erpresst worden. Dies sei verwerflich.

Gabel-Müller führte zudem an, dass die Entscheidung nicht nach sachlichen Erwägungen oder nach dem Prinzip des sparsamen Umgangs mit Steuergeldern getroffen worden sei. Stattdessen sei die ursprünglich im Osten vorgesehene und geländeschonende Trasse entlang der Bahnlinie mit einer „Salami-Taktik“ zerredet worden. Da sich auch für die beiden Abschnitte zwischen Dackenheim und Bad Dürkheim Widerstand rege, wolle man jetzt im Norden von Kirchheim mit dem Bau beginnen, um Fakten zu schaffen.

Das FWG-Mitglied erläuterte, die Gemeinde wolle sich von Rechtsanwalt Harald Pankalla aus Dackenheim vertreten lassen, der selbst Betroffener sei und sich in der Materie bestens auskenne. Die Kleinkarlbacher Gemeindeführung hofft, dass es zu einer Sammelklage gegen die Westtrasse kommt. In der kurzen Debatte ging es dem Rat weniger um die Frage, ob Klage eingereicht wird, als vielmehr um die Kosten. Karl-Otto Gabel-Müller gab an, dass vorläufig mit weniger als 1000 Euro zu rechnen sei. (jös)